

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
01.10.2026
Ausschussbetreuender Fachbereich
Kämmerei
Schriftführung
Leonard Pütz
Telefon-Nr.
02202-141729

Niederschrift

Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
Sitzung am Donnerstag, 09.07.2026

Sitzungsort

Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 18:18 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4.1 Sachstandsinformation zum Schuldenstand
0448/2026**
- 5 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse der vergangenen Sitzung -**

öffentlicher Teil

0459/2026

- 6 **Haushaltsbegleitbeschluss zum Haushalt 2026 - Umsetzung von Ziffer 3
"Schwerpunktsetzung bei der Sachkosteneinsparung"**
0465/2026
- 7 **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2025**
0456/2026
- 8 **Verhältnis Haushaltsbegleitbeschluss 2026 und freiwilliges HSK 2023**
0466/2026
- 9 **Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses für das Jahr 2025**
0442/2026
- 10 **Buchenallee 20 in Bergisch Gladbach-Frankenforst, Ausbau der Liegenschaft,
Maßnahmenbeschluss**
0451/2026
- 11 **Rathaus Bensberg, Kanalsanierung - Sofortmaßnahme**
0452/2026
- 12 **Kostenentwicklung der Kita Projekte im Kita Ausbauprogramm**
0360/2026
- 13 **Erneuerung Vorklarräume KA Beningsfeld**
0412/2026
- 14 **Sammelmaßnahmenbeschluss für verschiedene immer wiederkehrende
Maßnahmen des Abwasserwerks**
0414/2026
- 15 **Anträge der Fraktionen**
- 15.1 **Antrag der CDU-Fraktion vom 07.04.2026 - Verwertungsstrategie für bewegliche
Vermögensgegenstände der Stadt Bergisch Gladbach**
0430/2026
- 15.2 **Antrag der Bürgerpartei vom 06.05.2026 - Verwertungsstrategie für bewegliche
Vermögensgegenstände der Stadt Bergisch Gladbach**
0434/2026
- 16 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Haasbach eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Haasbach stellt die Beratungsunterlagen vor. Über die Aufnahme der Vorlage „Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Stadt Bergisch Gladbach“ auf die Tagesordnung müsse der Ausschuss noch abstimmen.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage einstimmig auf die Tagesordnung auf.

Herr Waldschmidt vor die Tagesordnungspunkte Ö 15.1 und Ö 15.2 als einen TOP zu behandeln.

Der Ausschuss ist mit der Änderung einverstanden.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Es gibt keine Mitteilung des Ausschussvorsitzenden.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Eggert erklärt, dass die wirtschaftliche Lage auch in Bergisch Gladbach durchschlage. Bei wesentlichen Veränderungen habe er dem Ausschuss gegenüber eine Berichtspflicht, der er nachkomme. Der Einkommenssteueranteil stagniere derzeit. Dementsprechend rechne man derzeit mit circa einer Millionen Euro weniger Ertrag beim Einkommenssteueranteil im Vergleich zur Planung. Außerdem sei die Gewerbesteuerentwicklung nicht erfreulich. Man rechne derzeit mit circa 12 Millionen Euro weniger Gewerbesteuerertrag als ursprünglich geplant. Er werde mit den großen Gewerbesteuerzahlern sprechen, um zu verifizieren, ob es sich nur um eine kurzfristige oder um eine langfristige Entwicklung handle. Der Fachbereich 2 habe vor diesen Hintergründen eine verwaltungsinterne Prognose gestartet, um auch die Entwicklung bei den Aufwänden zu beleuchten. Die Erkenntnis sei, dass die Einbrüche bei den Erträgen nicht voll durchschlagen. Die Prognose komme zu einer Ergebnisverschlechterung von 8,7 Millionen Euro im Vergleich zur Planung. Damit entgehe man knapp der Verpflichtung zur Aufstellung eines Nachtragshaushalts, wofür die Grenze bei 9,9 Millionen läge. Mit einer neuen Prognose zum 30.06. werde man die Entwicklungen weiter genau beobachten. Man werde dann gegebenenfalls restriktive Maßnahmen zur Haushaltsführung, wie eine Bewirtschaftungsverfügung oder Haushaltssperre, erlassen müssen.

Vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund, dass der Kreis angekündigt habe die Kreisumlage um mindestens drei Hebesatzpunkte zu erhöhen (das entspräche rund 7 Millionen

Euro), gehe er stark von einem pflichtigen Haushaltssicherungskonzept für 2027 aus. Darauf werde die Verwaltung sich jetzt vorbereiten. Eine Haushaltseinbringung vor Dezember werde dementsprechend nicht möglich sein.

Herr Waldschmidt merkt an, dass man sich nun schon sehr lange in der vorläufigen Haushaltsführung befinde. Er fragt, wie viel dadurch im Vergleich zur Planung eingespart werden konnte. Außerdem erklärt er, dass in 2027 durch die verspätete Einbringung des Haushalts mit einem ähnlich langen Zeitraum der vorläufigen Haushaltsführung zu rechnen sei.

Herr Bertram antwortet, dass dies nicht eins zu eins darstellbar sei. Man gehe aber derzeit davon aus, dass man im ordentlichen Aufwand und bei den Finanzaufwendungen saldiert circa 16 Millionen Euro unter dem Planwert liege.

Herr Reiff erklärt, dass man mit einem Defizit von 48 Millionen Euro geplant habe. Gleichzeitig sei der Schuldenstand bis Juni bereits über 100 Millionen Euro gestiegen. Er möchte wissen, wie das zusammenpasse.

Herr Bertram antwortet, dass sich das Kassenkreditvolumen durch das Defizit erhöhe. Gleichzeitig finanziere man über die Kassenkredite auch Investitionskredite vor, die das Kassenkreditvolumen am Stichtag ansteigen lassen können.

Frau Röhrig möchte wissen, warum man den Schuldenstand und nicht die Höhe des Zinsdienstes ausweise. Das sei aus ihrer Sicht die wesentlich interessantere Information.

Herr Haasbach erklärt, dass die Frage unter dem entsprechenden TOP beantwortet werde. Er möchte wissen, ob es noch Fragen oder Antworten zum TOP „Mitteilungen des Bürgermeisters“ gebe.

Herr Bertram erklärt, dass die Anfrage der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Ratssitzung mit einer Tischvorlage beantwortet werde.

4.1. Sachstandsinformation zum Schuldenstand 0448/2026

Herr Bertram antwortet auf die Frage von Frau Röhrig, dass man die Zinslast auch ausweisen könne, wenn ein Bedürfnis dafür bestehe. Man werde dies zur nächsten Sitzung berücksichtigen.

Herr Klein möchte wissen, ob zukünftig steigende Zinsen in die Planung einbezogen werden. Das könne bei dem hohen Schuldenstand erhebliche Auswirkungen haben.

Herr Eggert antwortet, dass man dies natürlich berücksichtige, soweit es prognostizierbar sei.

5. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil 0459/2026

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6. Haushaltsbegleitbeschluss zum Haushalt 2026 - Umsetzung von Ziffer 3 "Schwerpunktsetzung bei der Sachkosteneinsparung" 0465/2026

Herr Kirch merkt an, dass die vorgelegte Tabelle im Hinblick auf die Auswirkungen der Maßnahmen undurchsichtig sei. Er bittet darum, dass die Dezernate in den jeweiligen Fachausschüssen davon berichten. Konkret möchte er wissen, ob bei den Einsparungen bei der Verkehrsüberwachung auch Ertragsausfälle berücksichtigt seien.

Herr Eggert erklärt, dass man Ertragsausfälle durch die Maßnahmen natürlich berücksichtigt habe. Er hebt hervor, dass die Fachbereiche insgesamt gute Arbeit geleistet haben. Die Kolleginnen und Kollegen hätten den Auftrag sehr Ernst genommen, obwohl die Aufgabe mitunter sehr schwierig und schmerzhaft sei. Die Politik müsse sich darauf einstellen, dass in Hinblick auf die Finanzlage in Zukunft ähnliche Vorlagen vorgelegt werden.

Herr Henkel bedankt sich für den Verwaltungsvorschlag. Er erläutert, dass einige der Maßnahmen große Einschnitte bedeuten. Ohne diese Einschnitte würde es aber nicht mehr gehen. Angesichts der angespannten Ertragslage, die womöglich eher nachhaltig sei und der steigenden Kreisumlage, müsse man auch in Zukunft schwierige Entscheidungen treffen, um Kosten zu senken oder zu vermeiden und handlungsfähig zu bleiben.

Herr Eggert ergänzt, dass man bei der Kreisumlage keinerlei Einflussmöglichkeiten habe. Die Erträge aus Gewerbesteuer und Grundsteuer müsse man praktisch direkt an den Kreis weiterleiten, der wiederum 50% an den LVR weiterleiten müsse.

Herr Reiff äußert, dass man die Einsparbemühungen der Stadt anerkenne. Er fragt angesichts des begrenzten Einsparpotentials, wo die Verwaltung Produktivitätssteigerungen hinter eigenen Prozessen sehe und was dafür konkret geplant sei.

Herr Haasbach merkt an, dass dies schon Thema im Hauptausschuss gewesen sei. Er bittet darum, entsprechenden Informationsaustausch sicherzustellen.

Herr Eggert erläutert dazu, dass der Bürgermeister im Hauptausschuss erklärt habe die Themen „Prozess- und Digitalisierungsmanagement“, „IT“ und gegebenenfalls auch „KI-Potentiale“ bei sich im Dezernat zusammenzuführen. Es werde aber auch einige Zeit in Anspruch nehmen Prozesse konsequent zu durchleuchten und Verbesserungspotentiale zu erheben.

7. **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2025**
0456/2026

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8. **Verhältnis Haushaltsbegleitbeschluss 2026 und freiwilliges HSK 2023**
0466/2026

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

9. **Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses für das Jahr 2025**
0442/2026

Der Ausschuss fasst einstimmig den folgenden Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stimmt der Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses der Stadt Bergisch Gladbach gemäß §116a GO NRW für das Jahr 2025 zu.

10. **Buchenallee 20 in Bergisch Gladbach-Frankenforst, Ausbau der Liegenschaft, Maßnahmenbeschluss**
0451/2026

Herr Schöpf erläutert, dass der vom Bund beschlossene Asyl-Pakt zu rückläufigen Flüchtlingszahlen führen werde. Dementsprechend solle man nicht über einen Ausbau, sondern über eine Reduzierung der Kapazitäten nachdenken.

Herr Kirch erklärt, dass man dies anders sehe. Der Klimawandel könne noch zu großen Flüchtlingsbewegungen führen. Zur Sache erklärt er, dass die Fraktion am Einbau einer

Gasbrennwertheizung als wirtschaftlichste Lösung stark zweifle. Im Vergleich zur Wärmepumpe sei dies in der Regel nicht der Fall.

Frau Meuthen äußert, dass man dies besonders sorgfältig geprüft worden sei. Der Standort sei mit einem Einrohrsystem ausgestattet, welches eine besonders hohe Vorlauftemperatur erfordere. Diese könne von Wärmepumpen nicht erreicht werden. Man könne den gesamten Heizkreislauf austauschen, was in diesem Falle aber nicht die wirtschaftlichste Lösung sei.

Frau Röhrig erklärt, sie habe sich mit einem Installationsspezialisten und mit einem Ingenieur unterhalten, die dieses Argument entkräftigt hätten. Wärmepumpen könne man demnach auch in Einrohrsystemen einsetzen. Eine neue Gasheizung sei nicht mit den Nachhaltigkeitszielen der Stadt vereinbar.

Frau Meuthen antwortet, dass für die Nachhaltigkeit nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische und soziale Aspekte geprüft werden müssten. Man habe im Gegensatz zu externen Experten die gesamten Gebäudepläne in die Beurteilung einbeziehen können. Ihre Aussage beziehe sich nicht darauf, dass man grundsätzlich keine Wärmepumpen in Einrohrsystemen verbauen könne. Vielmehr sei es in diesem speziellen Falle aus ökonomischer Sicht nicht zu rechtfertigen.

Herr Waldschmidt möchte wissen, wieviel teurer eine Wärmepumpe denn wäre.

Frau Meuthen erklärt, dass man dies nicht konkret beziffern könne, da das Gebäude dafür grundlegend geprüft werden müsse und alleine dadurch erheblicher Sanierungsaufwand ausgelöst werden könne. Es sei jedoch aus ihrer Erfahrung sehr eindeutig, dass die Wärmepumpe unverhältnismäßig teurer wäre.

Herr Kirch erklärt, dass man für eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung mindestens einen Vergleich zwischen zwei Optionen ziehen müsse. Er fragt sich, wie das funktionieren solle, wenn die konkreten Kosten nicht bekannt seien.

Frau Meuthen gibt Herrn Kirch recht. Es sei vielmehr die Frage, bis zu welchem Punkt man eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung trage. In diesem Fall sei klar, dass eine genaue Untersuchung einen erheblichen Sanierungsaufwand auslösen würde, sodass man sich dazu entschieden habe die Analyse nicht weiter zu treiben. Der Standort sei ansonsten für lange Zeit nicht nutzbar. Das würde bei der ohnehin vergleichsweise geringen Restnutzungsdauer des Gebäudes keinen Sinn ergeben. Hier sei eine schnelle und ökonomische Lösung gefragt.

Herr Klein fragt, ob der Heizkreis in Sachen Isolation und Dämmung überhaupt für eine moderne Gasheizung geeignet sei und welche Vorlauftemperatur benötigt werde. Zudem würde er gerne eine detaillierte Gegenüberstellung der beiden Optionen sehen. Auch wenn für die Wärmepumpen der komplette Heizkreis ausgetauscht werden müsse. Dies sei in Hinblick auf steigende Gaspreise geboten.

Frau Meuthen erklärt, dass man für dieses Gebäude eine Vorlauftemperatur von 90 Grad Celsius benötige. Das sei deshalb notwendig, weil die Anlage eben nicht entsprechend isoliert sei und die nötige Dämmung fehle. Um die Vorlauftemperatur zu reduzieren, müsse man also ebenfalls den kompletten Heizkreis austauschen und das Gebäude sanieren.

Sie sei in diesem Fall aber leidenschaftslos. Wenn es so gewünscht sei, dann führe die Verwaltung eine detaillierte Analyse durch. Das koste aber viel Geld und Zeit. In den kälteren Monaten könne man das Gebäude dann nicht mehr belegen. Sie betont, dass bei einer detaillierten Betrachtung auch Themen wie Schadstoffbelastungen und Brandschutz hinzukommen werden, die sonst nicht relevant wären.

Herr Waldschmidt betont, dass man natürlich gerne eine Wärmepumpe gehabt hätte. Das gelte wohl, mit Ausnahme der AFD-Fraktion, für alle im Raum. Dennoch sei er von den Ausführungen überzeugt worden. Wände aufzustemmen und damit Schadstoffprobleme auszulösen, sei keine sinnvolle Alternative.

Es sei nicht die ideale Lösung. Dennoch würde man dem Vorschlag unter diesen Umständen zustimmen. Er fragt, ob es die Möglichkeit gäbe mit Biogas zu heizen.

Herr Haasbach erklärt, dass man die Frage mitnehmen könne.

Herr Henkel erklärt, dass er den Ausführungen von Frau Meuthen ebenfalls folgen könne. Eine detaillierte Betrachtung könne erhebliche Aufwände auslösen und das Gebäude würde im Zweifel für einen Zeitraum von mehr als einem Jahr nicht genutzt werden können. Die CDU-Fraktion werde dem Vorschlag der Verwaltung entsprechend zustimmen.

Der Ausschuss fasst mehrheitlich gegen die Stimmen von AFD und Bürgerpartei GL bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen den folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt die Beauftragung der Verwaltung mit dem Ausbau der Liegenschaft Buchenallee 20 in Bergisch Gladbach-Frankenforst zur Erhöhung der Unterbringungskapazität von derzeit 35 auf künftig 55 Personen.

11. Rathaus Bensberg, Kanalsanierung - Sofortmaßnahme
0452/2026

Der Ausschuss fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt die Durchführung der funktionserhaltenden Sanierung der vorhandenen Abwasserkanäle und dazugehörigen Revisionsschächte des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, Bergisch Gladbach.

12. Kostenentwicklung der Kita Projekte im Kita Ausbauprogramm
0360/2026

Herr Henkel erklärt, dass bestimmte Kosten, wie Erschließungskosten, ursprünglich nicht berücksichtigt worden seien. Solche Ungenauigkeiten müsse die Verwaltung angesichts der angespannten Finanzlage in Zukunft unbedingt vermeiden.

Der Ausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung der Bürgerpartei GL den folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Mehrkosten von 2.223.973,33 € für die Bauvorhaben Kita „Schulstraße“, Kita „Nittumer Weg“ sowie Kita „Jakobstraße“ überplanmäßig bereit zu stellen.

Die Mittelbereitstellung von 861.397,77 €, die im Jahr 2026 fällig werden, erfolgt über den I Auftrag I53013002.

Die restlichen Mehrkosten von 1.362.575,56 €, die im Jahr 2027 fällig werden, sind über die Verpflichtungsermächtigung vom I Auftrag 57013001 sichergestellt.

13. Erneuerung Vorklarräume KA Beningsfeld
0412/2026

Der Ausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung der Bürgerpartei GL den folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt die Umsetzung der Maßnahme „Erneuerung der Vorklarräume auf der Kläranlage Beningsfeld für das Abwasserwerk “ gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.

14. Sammelmaßnahmenbeschluss für verschiedene immer wiederkehrende Maßnahmen des Abwasserwerks
0414/2026

Herr Kirch äußert die Bitte, dass man in Zukunft auch eine Übersicht für die Maßnahmen des vergangenen Jahres abbilde.

Herr Eggert nimmt die Bitte mit.

Der Ausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung der Bürgerpartei GL den folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt die Umsetzung des „Sammelmaßnahmenbeschluss für verschiedene immer wiederkehrende Maßnahmen des Abwasserwerke“ gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.

. Anträge der Fraktionen

15.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 07.04.2026 - Verwertungsstrategie für bewegliche Vermögensgegenstände der Stadt Bergisch Gladbach
0430/2026

Herr Henkel erklärt, dass der Antrag wird von der CDU-Fraktion zurückgezogen. Er bittet jedoch darum, dass die Verwaltung über größere Verwertungsvorgänge in Zukunft eine Übersicht zur Information zur Verfügung stelle, wie zum Beispiel bei der Veräußerung von Fahrzeugen.

Herr Eggert erklärt, dass man eine solche Übersicht mit angemessenem Aufwand bereitstellen könne.

Herr Kirch bittet darum, dass sich dann aber auch die entsprechenden Ausschüsse damit befassen.

Herr Waldschmidt erklärt, dass dies ein Fall für den Rechnungsprüfungsausschuss sei.

Herr Henkel erklärt, dass er das anders sehe. Eine Behandlung im Rechnungsprüfungsausschuss würde auch ein Misstrauen in dieser Sache gegenüber der Verwaltung signalisieren.

Herr Köhler erklärt, dass die Fahrzeuge von der EBGL geleast werden. Eine Veräußerung laufe entsprechend auch über diese.

Herr Henkel erklärt, dass es sicher auch noch andere größere Veräußerungsvorgänge gebe.

Herr Eggert nimmt den Wunsch mit.

15.2. Antrag der Bürgerpartei vom 06.05.2026 - Verwertungsstrategie für bewegliche Vermögensgegenstände der Stadt Bergisch Gladbach
0434/2026

Der Antrag wird zurückgezogen.

16. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Henkel erklärt, dass die Stadt Mittel aus dem Altschuldenentlastungsgesetz und aus dem Infrastruktursondervermögen erhalten werde. Er fragt in diesem Zusammenhang nach einem aktuellen Stand.

Das Land hat zum 24.02.2026 Altschulden in Höhe von 24.061.500 € übernommen. Ein aktueller Stand zum Infrastruktursondervermögen wird in der Sitzung des AFBL am 08.10.2026 erläutert.

Herr Renneberg verweist auf seine Anfrage zu Skonto auf Rechnungen aus der letzten Sitzung. Er fragt nach einem Stand dazu. Außerdem sei ab dem 01.01.2027 die elektronische Rechnungslegung verpflichtend. Er fragt, ob die Stadt darauf entsprechend vorbereitet sei.

Herr Bertram antwortet, dass die personellen Kapazitäten begrenzt seien. Man sei entsprechend stichprobenmäßig vorgegangen. Im nächsten Sitzungsturnus werde eine entsprechende Auswertung vorgelegt werden, so wie es auch in der letzten Sitzung angekündigt wurde. Für die Zukunft werde man sich anders aufstellen, sodass eine Auswertung leichter möglich ist.

Die verpflichtende elektronische Rechnungslegung ab dem 01.01.2027 habe man natürlich auf dem Schirm. Ein entsprechendes Modul der Finanzsoftware werde man dafür nutzen können, sodass die Teilmenge der Geschäftsvorfälle, die von der neuen Regelung betroffen sind und die man auch schon identifiziert habe, sauber abgewickelt werden können.

Herr Renneberg berichtet, dass er dies bei seinem Arbeitgeber über eine Excel-Tabelle löse.

Herr Haasbach schließt um 18:18 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Hans Josef Haasbach
Ausschussvorsitzender

gez. Leonard Pütz
Schriftführung